

Politik, Freiheit und Demokratie: Hannah Arendt und der moderne Republikanismus

Thiel, Thorsten

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Thiel, T. (2013). Politik, Freiheit und Demokratie: Hannah Arendt und der moderne Republikanismus. In J. Schulze Wessel, S. Salzborn, & C. Volk (Hrsg.), *Ambivalenzen der Ordnung: Der Staat im Denken Hannah Arendts* (S. 259-281). Wiesbaden: Springer VS. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-70596-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Politik, Freiheit und Demokratie – Hannah Arendt und der moderne Republikanismus

Thorsten Thiel

Dem politischen Denken des Republikanismus ist in den letzten Jahren große Aufmerksamkeit zuteil geworden. Galt der Republikanismusbegriff länger als aus der Mode und drohte von den Zentralvokabeln moderner westlicher Regime, ‚Demokratie‘ und ‚Liberalismus‘, abgehängt zu werden, so erfuhr er in den letzten Dekaden ein anhaltendes Revival. Dies geschah zunächst durch die Arbeiten von Autoren der Cambridge School wie John Pocock¹ und Quentin Skinner,² die das Profil des Republikanismus als ideengeschichtliche Alternative zum Liberalismus schärften. Aufgenommen wurde der Impuls dann in der amerikanischen Rechtswissenschaft, wo das republikanische Erbe zum besseren Verständnis der Prinzipien der US-Verfassung herangezogen wurde.³ Am Ende der 1990er Jahre läutete schließlich Philip Pettits viel beachtetes Buch „Republicanism. A Theory of Freedom and Government“ das Revival republikanischer Theorie in der Politischen Philosophie ein. Dieses hält bis heute an und hat sich in einer Vielzahl von Monographien und Sammelbänden niedergeschlagen.⁴

Auch Hannah Arendt wird oftmals der republikanischen Tradition zugeordnet.⁵ Ihr wird das Verdienst zugeschrieben, auf kreative Weise die Klassiker der republikanischen Tradition für die Analyse moderner Gemeinwesen anschlussfähig gemacht zu haben.⁶ Trotzdem findet die Theorie Arendts in der Sogwelle des Buchs von Pettit kaum noch Erwähnung. Und wenn, dann wird in diesem Diskurs eine kritische Haltung artikuliert: Arendt steht dort als unsystematische Überzeugungstäterin dar, deren Wert für moderne Politische Theorie grotesk überschätzt werde. So klassifiziert Pettit Arendt gleich zu Beginn von „Republica-

1 Pocock 1975.

2 Skinner 1990, 1998.

3 Michelman 1998; Sunstein 1988.

4 Exemplarisch: Maynor 2003; Laborde/Maynor 2007; Besson/Marti 2009.

5 Straßenberger 2011.

6 Beispielsweise: Arendt 2000.

nism“ als Ahnherrin der populistischen Denkschule. Für diese sei bezeichnend, dass das Volk sich dem Staat unterordne. Populistische Republikaner suggerierten, dass „the people ought to rely on state representatives and officials only where absolutely necessary; direct democracy, whether by assembly or plebiscite, is the systematically preferred option.“⁷

Ziel dieses Aufsatzes ist es, Arendt für den modernen republikanischen Diskurs zu rehabilitieren. Hierfür soll gezeigt werden, wie republikanische Theorie durch eine Pettit und Arendt verbindende Blickweise in eine Form gebracht werden kann, die es möglich macht, gerade die aktuellen Herausforderungen zu meistern, da der Blick für den Zusammenhang von Politik, Freiheit und Demokratie sowie das Verhältnis von institutionellem Bau und außerinstitutionellem Engagement geschärft wird. Um dies zu erreichen, muss zunächst gezeigt werden, dass Pettits Kritik an Arendts Theorie fehl geht und dass zwischen den Theorien kein Konkurrenzverhältnis bestehen muss (1). Wenn beide als einander ergänzend gelesen werden können, lässt sich zeigen, dass die kombinierende Lesart – hier als „Republikanismus des Dissenses“ betitelt –, Schwächen in der Argumentation beider Autoren ausgleichen kann (2).⁸ Der Wert eines solchen Ansatzes zeigt sich dann auch praktisch, wenn im letzten Schritt der republikanische Ansatz in der demokratietheoretischen Debatte der Europaforschung verortet und gezeigt wird, dass dieser in normativer wie analytischer Hinsicht das Potential birgt, verkrustete Debatten aufzubrechen und neue Perspektiven aufzuwerfen (3).

1 Die republikanische Frage: Arendt vs. Pettit

Zunächst aber gilt es nun zu verstehen, inwiefern und wieso das Urteil Pettits über Arendt einer Revision bedarf. Grundlage von Pettits Kritik ist die Einteilung der republikanischen Theorie in zwei Lesarten, die einander ausschließen:

7 Pettit 1999, S. 8.

8 Der Begriff „Republikanismus des Dissenses“ – oder auch „pluralistischer Republikanismus“ – steht dabei für eine von Arendt ausgehende Lesart des Republikanismus, die besonders den Ausgangspunkt einer konfliktiven Pluralität hervorhebt (Canovan 1983; Villa 2008; Förster 2009; Volk 2010a). Besonderes Charakteristikum des Republikanismus ist dabei, dass die Konflikte nicht durch moralische oder ethische Metaregeln eingegrenzt werden sollen, sondern sich für eine permanente Bildung von Verständigung im Prozess der aktiven Auseinandersetzung ausgesprochen wird. Die Lesart wird im Folgenden detaillierter vorgestellt und begründet, ausführlicher wird sie in meiner Dissertationsschrift unter dem Namen „pluralistischer Republikanismus“ entwickelt (Thiel 2012, vgl. außerdem: Volk 2013).

eine kommunitaristische und eine neorepublikanische. Diese sollen kurz vorgestellt werden (1.1), um dann untersuchen zu können, warum Pettit in Arendt eine ‚Populistin‘ sieht (so seine polemische Bezeichnung für die kommunitaristische Strömung, die sich jedoch nicht weiter durchgesetzt hat). Ich argumentiere, dass dieses Urteil auf einer Arendt grob missverstehenden Interpretation beruht, die die Kontexte von Arendts Denken und Schreiben ausblendet (1.2). Anhand der Diskussion des Freiheitsbegriffs, der für beide Autoren zentral ist, lässt sich hingegen zeigen, dass Arendts Denken eine weit größere Schnittmenge mit dem neorepublikanischen Denken aufweist, als von Pettit suggeriert (1.3).

1.1 Zwei Strömungen republikanischer Theorie

Der Republikanismus ist eine der Großtheorien politischen Denkens.⁹ In ihm – ähnlich wie im Begriff der Demokratie und in einem niemals eindeutig zu bestimmendem Verhältnis zu diesem – bündelt sich ein breites Spektrum von Absichten und Positionen. Ungeachtet der Holzschnittartigkeit der Einteilung hat sich im modernen Diskurs dabei eine Unterteilung republikanischer Theorie in eine neogriechische/kommunitaristische und eine neorömische/neorepublikanisch Lesart durchgesetzt.¹⁰

Die kommunitaristische Variante reüssierte dabei in den achtziger und neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts als große Gegenspielerin des rawlsschen Liberalismus.¹¹ Bei aller Heterogenität der Autoren lässt sich dabei als gemeinsamer Nenner festhalten, dass für Kommunitaristen die Integration moderner Gemeinschaften nicht abstrakt entlang individualistischer Prinzipien erfolgen kann, sondern in einem gesellschaftlichen Miteinander wurzeln muss. Dieses wird aus der Erfahrung kultureller Nähe und politischen Handelns gespeist und immer wieder bestärkt. Permanente Partizipation und Verständigung werden von den Individuen verlangt und erwartet, die aber umgekehrt nichts wären ohne die Gemeinschaft, der sie angehören und die deshalb im Einsatz für die Gesellschaft, die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung erhalten.

9 Eine ideengeschichtliche Einführung in den Republikanismus findet sich unter anderem bei Marcus Llanque (*Llanque* 2003), eine eher politiktheoretische bei Hauke Brunkhorst (*Brunkhorst* 2008). Einen guten Überblick über die unterschiedlichen Freiheitsbegriffe in republikanischen Theorien, die auch in diesem Aufsatz verhandelt werden, findet sich bei Per Mouritsen (*Mouritsen* 2006).

10 *Dagger* 2004.

11 Zum Überblick: *Forst* 1993; Für die hier skizzierte Lesart besonders relevant sind: *MacIntyre* 1995; *Sandel* 1996; *Taylor* 2001; *Barber* 2003.

Demokratiethoretisch knüpft dies an die Position Aristoteles' an, der in der Verfolgung eines gemeinsamen Guten den Antrieb einer politischen Gemeinschaft sieht. Da dieses Gute nun nur in einem direkten und öffentlichen Austausch bestimmt und geformt werden kann, muss möglichst unvermittelt und diskursiv die Gesellschaft den Kurs des Staates bestimmen. Ein kommunitaristischer Ansatz trennt daher nicht – oder höchstens aus funktionalen Erwägungen – zwischen der gesellschaftlichen und der politischen Sphäre. Zweck des Staates ist es, den Belangen der Gesellschaft gerecht zu werden und deren kollektive Aspirationen zu verwirklichen. Eliten und Repräsentanten werden dann automatisch kritisch gesehen, stehen sie doch immer im Verdacht, Selbstbestimmung zu sabotieren und Gemeinwohl oder Gemeinwille für egoistische Interessen zu opfern. Repräsentationsmechanismen müssen daher problematisiert und minimiert werden. Durch sie schwindet die Erfahrung der Selbstregierung und der Anreiz nimmt ab, sich zu beteiligen. Direkte und/oder partizipative Demokratie sind daher die einzigen geeigneten Verwirklichungen des kommunitaristischen Republikanismus.

Spätestens mit der Hinwendung Politischer Philosophie zu Themen wie Multikulturalismus und Globalisierung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre hat diese mit einem stark anti-institutionellen Pathos aufgeladene Position an Überzeugungskraft verloren. Die neo-römische Lesart, so wie sie von Pettit vorgetragen wird, kritisiert die Naivität starker Demokratie und beruft sich auf eine Vielzahl an Einwänden, die seit jeher gegen partizipatorische Mechanismen erhoben werden.¹² Anstatt die Integrations- und Motivationsleistung der Sozialisation in und durch den gesellschaftlichen Diskurs zu erwarten, wird in der neo-römischen Variante der Fokus auf politische Institutionen verschoben. Eine auf Kontroll- und Reflexionsfähigkeit des Ganzen hin angelegte Bauweise politischer Institutionen soll sicherstellen, dass dem Individuum weit stärkere Rückzugsrechte eingeräumt werden und insbesondere Gruppen und Massen in ihrem Einfluss auf die Ord-

12 Die Kritik an einem partizipatorischen Verständnis von Demokratie ist Legion: Hier sind zunächst Ansätze zu nennen, die die Möglichkeit eines Gemeinwohls/Gemeinwillens negieren (*Schumpeter* 1987). Nüchterner sind Positionen, die Paradoxien und Dilemmata des Inputparadigmas herausarbeiten (klassisch: *Scharpf* 1975; zusammenfassend: *Lindner* 1990) und auf dessen enorme Anforderungen, im Besonderen: Zeit und Einsatzbereitschaft, abstellen (*Walzer* 1970) bzw. auf potentielle Enttäuschungen und Entfremdungswirkungen verweisen, die Partizipation auch mit sich bringen kann (*Hirschman* 1988). Daraus folgt natürlich nicht, dass stark auf Partizipation setzende Demokratiethorien vollständig abzuschreiben wären, vielmehr hat sich aber die Überzeugung durchgesetzt, dass es einer genaueren Bestimmung des Kontexts bedarf, um zu bestimmen, wie Partizipation positiv Einfluss nehmen und Integration bewirken kann (*Fung* 2003, 2006).

nung kontrolliert werden. Politisches Handeln verliert dann an Bedeutung und wird nicht als intrinsischer Wert aufgefasst, sondern lediglich als ein gelegentlich notwendiges Element der Gegensteuerung, um die institutionelle Balance zu gewährleisten und Meinungen und Positionen richtig zu aggregieren. Rationalität und die Anpassung an Gemeininteressen werden weniger von breiter Beteiligung als von einem dosierten System aus *checks and balances* erwartet.¹³

In der einleitend zitierten Passage ordnet Pettit nun Arendt eindeutig als Vordenkerin der kommunitaristischen Version des Republikanismus¹⁴ ein. Wieso aber? Zwar findet sich in Arendts Rezeptionsgeschichte häufiger diese Zuschreibung,¹⁵ doch macht stutzig, dass Arendt dabei – und in Pettits Fall weit über das Normalmaß hinaus – mit einem Politikverständnis in Bezug gesetzt wird, in dem das politische Kollektiv zum Souverän erklärt wird. Darin – und dies macht die anschließende Kritik deutlich – steckt die Annahme, dass abweichende Meinung unterdrückt und Vereinheitlichung befördert wird. Dies aber scheint schon bei sehr grober Kenntnis des arendtschen Werks abwegig, zumal diese doch gerade mit einer scharfen Kritik jenes Souveränitätsverständnisses hervorgetreten ist.¹⁶ Wie also lässt sich Pettits Einschätzung erklären?

1.2 Worlds apart: Unterschiedliche Hintergründe des Denkens und Schreibens

Nicht zuletzt liegt eine Erklärung wohl darin, dass Pettit sich nicht die Unterschiede seines Denkens und Schreibens im Verhältnis zu Arendt vor Augen führt. Arendt entwickelt ihr Werk von einer völlig anderen biographischen und politi-

13 Pettit 2008b.

14 Pettit 1998, S. 8ff./78ff.

15 Dass diese Zuordnung Pettits nicht ungewöhnlich ist, zeigt sich auch daran, dass beispielsweise Habermas in „Drei normative Modelle der Demokratie“ (Habermas 1999) eine ähnliche Einsortierung unternimmt. Auch Habermas nimmt Arendt als Gewährsfrau für die republikanische Linie, die er kommunitaristisch ausformuliert. Auch diesem Kategorisierungsversuch ist aber richtigerweise widersprochen worden (Vetlesen 1995). Erklärlich wird dieser anhaltende Versuch, Arendt als Kommunitaristin und Vertreterin der direkten Demokratie zu deuten, wohl nur aus der Rezeptionsgeschichte und insbesondere der langen Fixierung auf die *Vita Activa* als ihrem Hauptwerk (Förster/Weißpflug 2011). Moderne Lesarten Arendts haben hiergegen die Komplexität Arendts hervorgehoben und die Dichotomisierung zwischen griechischer und römischer Lesart zu revidieren versucht (Hammer 2002; Taminaux 2000; Volk 2010b; Tsao 2002).

16 Siehe hierzu die Beiträge von Katrin Meyer und Jürgen Förster in diesem Band.

schen Ausgangslage ausgehend, was sich in den Fragestellungen und bis hinein in den von ihr gewählten sprachlichen Ausdruck niederschlägt. Für sie ist es die Erfahrung von Totalitarismus und Zivilisationsbruch, die sie einen „Republikanismus der Furcht und der Rettung“ formulieren lässt.¹⁷ Arendts Schreiben und Denken kreist um die Verarbeitung der Shoah, zu deren Überlebenden sie gehört. Ihr Denken ist dabei – trotz der Unfassbarkeit des Geschehenen – nicht rückwärtsgewandt oder resignierend, sondern sucht vielmehr den Rückfall zu verhindern, indem es die Möglichkeit des Neuanfangs betont. Ihre Kritik an der nationalstaatlichen repräsentativen Demokratie, vopolitischen Rechten oder der Rationalität des Fortschritts führt daher nicht dazu, das politische Konzept der Moderne und die Institutionen des demokratischen Nationalstaats im Ganzen zu verdammen. Vielmehr gewinnt sie aus der Beschreibung antiker Strukturen ein dynamisch-handlungsorientiertes Verständnis des Politischen, von dem sie fragt, wie es in veränderten gesellschaftlichen und politischen Makrostrukturen aktualisiert werden kann. Nicht nur Arendts Auseinandersetzung mit den neuzeitlichen Revolutionen, sondern vor allem ihr stetes Bemühen, sich essayistisch in die Tagespolitik ihrer Zeit einzumischen, sind hierfür Beleg. Sie entwickelt ihre Philosophie in direkter Auseinandersetzung mit den politischen Kämpfen ihrer Gegenwart. Ihr Schreiben kommt als Einwurf daher, es ist konkret und polemisch.

Pettits Denken und Schreiben ist vollständig anders. Es ist von zwei Einflüssen geprägt: der *Cambridge School* und der analytischen Philosophie.¹⁸ Der geschichtswissenschaftliche Diskurs der *Cambridge School* fokussiert auf den Sprechakt und seinen Kontexten in den klassischen Texten der Ideengeschichte. Historische und aktuell politische Fragen, akademisches und aktivistisches müssen in ihm klar voneinander geschieden werden. Nochmal verstärkt wird dies durch Pettits Verwurzelung in der analytischen Philosophie. Deren hohe Systematik bewirkt Pettits Distanz von konkreten gesellschaftlichen und politischen Fragen. Er konzentriert sich vielmehr auf die Analyse zentraler Begriffe und deren Bedeutungsgehalt.

Intention, Emphase und Stil der beiden Denker könnten also unterschiedlicher nicht sein – und dies beeinflusst augenscheinlich auch Pettits Wertung des Werkes Arendts. Anstatt sich auf die Komplexitäten und den Hintergrund ihres

17 Forst 2007.

18 Das Verhältnis der beiden Einflüsse ist dabei so, dass Pettit einer ideengeschichtlichen Ausbildung zuschreibt, seinen Denkhorizont geöffnet zu haben. Diese ließen ihn der Möglichkeiten gewahr werden, jenseits des gegenwärtig herrschenden liberalen Paradigmas zu denken (Pettit 1997, S. 113). Hierauf aufbauend verlangt er aber eine eigenständige, systematische Neu-Begründung des politiktheoretischen Arguments.

Denkens einzulassen, verkürzt er ihren Ansatz, bis er zur Karikatur verkommt. Dass der Abstand zwischen den beiden Denkern nicht so groß ist, zeigt sich aber schon daran, dass Arendt viele der von Pettit für die neorömische Schule benannten Referenzautoren an zentralen Stellen ihres Werkes einbezieht. So teilt sie die positive Sicht auf die Leistungen der römischen Republik, insbesondere lobt sie die Verschränkung der Institutionen, welche Freiheitsräume erst eröffnet, sowie den Rechtsbegriff, der auf eine Verbindung zwischen den Bürgern verweist und damit das defizitäre griechische Rechtsverständnis – in dem Recht als etwas von außen gegebenes und dem Politischen äußerlich bleibendes ist – entschieden modifiziert.¹⁹ Verkürzt man Arendt nun aber – wie Pettit dies tut – auf das Schlagwort der positiven Freiheit und macht sie angesichts ihrer Verteidigung aktiven politischen Handelns zu einer Apologetin direktdemokratischer Prozeduren, so verpasst man die Pointe ihres Denkens. Es lohnt sich daher nochmal genauer zu schauen, ob es nicht doch sehr viel mehr Schnittmengen gibt, wenn man Arendt etwas komplexer liest.

1.3 Das Freiheitsverständnis als Brückendiskurs

Der Lackmустest einer verständigungsorientierten Lesart der beiden Ansätze muss die Frage sein, wie Arendt und Pettit das Konzept der ‚Freiheit‘ formulieren. Schließlich entwerfen beide um diesen Wert herum ihre politische Theorie. Für beide gilt Freiheit als höchster Wert, von dem her die Normativität einer politischen Ordnung zu bestimmen ist (und nicht etwa von Gerechtigkeit oder Gleichheit her). Nur wenn sich in diesem zentralen Ankerpunkt die Ansätze nicht widersprechen, lässt sich eine synthetisierende Lesart überhaupt versuchen.

Bei Arendt ist es der Satz: „Der Sinn von Politik ist Freiheit“,²⁰ der ihr Verständnis von Freiheit und Politik auf den Punkt bringt. Das immer Unabgeschlossene der Freiheit muss sich durch die Entfaltung des Politischen – der Schaffung eines öffentlichen, institutionell aufgespannten, nicht aber institutionell determinierten Raums – aktualisieren. In diesem erst wird Freiheit sicht- und erfahrbar, u.a. durch die Anerkennung der Anderen, die freie Assoziierung in Gruppen, die Erinnerung an Prinzipien, Handlungen und Erzählungen oder den Ausdruck von Dissens und Protest – und dies ist es, was letztlich die demokratische Ordnung auszeichnet.²¹

19 Volk 2010b.

20 Arendt 2003, S. 28.

21 Canovan 1992; Benhabib 1997; Villa 2003, 2008; Förster 2009.

Philip Pettits Theorie setzt hingegen an der Definition von Freiheit als Nicht-Beherrschung (*Non-Domination*) an. Freiheit besteht nach Pettit nicht in politischer Aktivität, sondern in der Abwesenheit arbiträrer Eingriffe. Damit versucht er sich jedoch nicht nur von einem positiven Freiheitsverständnis abzugrenzen, sondern auch und hauptsächlich gegen das nun nahegerückte liberale negative Freiheitsverständnis von Freiheit als Nicht-Beeinträchtigung (*Non-Interference*). Anders als im liberalen Verständnis, welches jeden politischen Eingriff als freiheitsmindernd problematisiert, lehnt Pettit handlungsbeschränkende Eingriffe genau dann nicht ab, wenn diese keine Dominanzeffekte zur Folge haben, d.h. nicht auf der Willkür des Eingreifenden beruhen, sondern in Übereinstimmung mit den reflektierten und geäußerten Interessen der Unterworfenen und in verlässlicher Weise erfolgen.²²

Warum aber soll dies nur ein perspektivischer Unterschied und kein kategorialer sein? Steht hier nicht ein instrumentelles gegen ein intrinsisches Freiheitsverständnis? Nur teilweise. Auch bei Arendt bedeutet frei zu sein zunächst einmal, dass man frei ist „von der allen Herrschaftsverhältnissen innewohnenden Ungleichheit“ und sich in einem Raum bewegt, „in dem es weder Herrschen noch Beherrschtwerden“ gibt.²³ Ihr Freiheitsideal ist unmittelbar mit Gleichrangigkeit verbunden, dem Sich-auf Augenhöhe-begegnen-Können.²⁴ Arendts Betonung des aktiven Parts, des Frei-Seins im Moment der Ausübung von Freiheit, ist dann auch nicht so gedacht, dass auf private Diskretion verzichtet werden könnte oder dass man mit seiner Einzelmeinung in einem Gemeinwillen aufgehen müsse, um frei zu sein, sondern dass in der Freiheit der Meinungsäußerung und der Erhaltung der Vielfältigkeit von Perspektiven, sich der gesellschaftlich-politische Prozess selbst immer wieder erzeugt: „Frei sein können Menschen nur in Bezug aufeinander, also nur im Bereich des Politischen und des Handelns; nur dort erfahren sie, was Freiheit positiv ist und daß sie mehr ist als ein Nicht-gezwungen-Werden“.²⁵

Arendts performatives Freiheitsverständnis dient also der Offenlegung von Pluralität; mit ihm versucht sie eine permanente Auseinandersetzung um die Fragen des Politischen sicherzustellen. Erst in einer sich selbst als plural verstehenden Ordnung, die der Kontingenz und Dynamik ihrer Entwicklung bewusst ist, werden jene öffentlichen Verständigungsprozesse möglich und nötig, die Arendt als den Sinn von Politik begreift. Ein Konfliktmodell des Politischen, in dem das Politische sich „als eine unaufhebbare Sphäre des Wettstreits [darstellt], in der

22 Pettit 1999, insb. Kap. 2 u. 3; erörternd: Pettit 2008a.

23 Arendt 1998, S. 45.

24 Arendt 2000, S. 36f.

25 Arendt 1994, S. 201.

sich die immer wieder erneuernde radikale Verschiedenartigkeit der Personen ausdrückt²⁶ ist die einzig mögliche Grundlage einer solchen Perspektive. Dieser Wettstreit erzeugt eine Unruhe, die der Schließung des politischen Systems entgegenwirkt und verhindert, dass die Herrschenden sich von der öffentlichen Debatte ablösen. Und dies geht nicht anders als durch Institutionen, die Widerspruch ermöglichen, Raum für diesen ausweisen und dessen Entstehungsprozesse begünstigen. Widerspruch lässt sich nicht dekretieren, doch eine Ordnung kann in ihren institutionellen Merkmalen sowie dem Geist ihrer Verfassung Widerspruch möglich machen – oder unterdrücken. Wieder und wieder fordert Arendt daher die Errichtung von Einspruchsmöglichkeiten und Orten, an denen die Formulierung einer eigenen Position möglich und Anlass zur Auseinandersetzung mit den Anderen gegeben wird.²⁷ Dies aber ist nun ganz im Sinne von Pettits Insistieren auf der Gestaltung des Politischen als eines Raums, der neben einer elektoralen immer auch über eine kontestatorische Dimension verfügen muss.²⁸

Die systematischen Konsequenzen von Pettits wie Arendts Freiheitsverständnis sind daher ungeachtet ihrer unterschiedlichen Emphase nahe beieinander: In beiden Theorien wird die Einrichtung eines politischen Raums gefordert, in dem diskursive Freiheit ausgelebt und das politische System mit sich herausbildenden Meinungen konfrontiert werden kann. Ziel von Arendt wie Pettit ist es, Beherrschungsverhältnisse – aktuelle wie potentielle – öffentlich kritisierbar zu machen und beide betonen, dass es Mittel bedarf, die die Hegemonie eines Gemeinwillens zu begrenzen vermögen. Die arendtsche Freiheit des Handelns-Könnens und die Pettitsche Freiheit des Nicht-Dominiert-Seins sind somit kompatibel –

26 Jaeggi 1997, S. 33.

27 Arendt 1986.

28 Pettit 2000. Auch für Pettit ist politisches Handeln dabei letztlich unumgänglich. Sein Versuch, den Freiheitsbegriff vollständig von der akteurs- oder aktbezogenen Perspektive zu lösen und Freiheit allein über Status zu definieren, muss scheitern, da Freiheit auch bei ihm unwiderruflich an der aktiven Ausführung der mit dem Status erlangten Freiheitspotentiale hängt. Anders kann Freiheit nicht bewusst, vor allem aber nicht geschützt werden (diese Kritik an Pettit wird hervorragend artikuliert durch: Markell 2008). Im Normalmodus reicht es Pettit zufolge zwar hin, dass die herrschende politische Ordnung sich durch das Wissen um die Existenz dieser Handlungsressource an den erklärten Interessen (*avowable interests*) der Bürger orientiert, doch schon, dass er auf die „Erklärtheit“ dieses Interesses verweist, zeigt, dass er von einem öffentlichen Diskurs nicht loskommt, in dem eben diese Artikulation sich vollzieht.

zumal Arendt wie Pettit darauf achten, die Freiheit der Äußerung nicht mit der Durchsetzung der eigenen Position zu verwechseln.²⁹

2 Die Institutionen der Freiheit: Grundrisse eines Republikanismus des Dissenses

Geht man die bisher entwickelte Argumentation mit, so ist ersichtlich, dass Arendt und Pettit weit mehr gemein haben als angenommen. Über den Brückenkopf des Freiheitsverständnisses ist auch bereits der Ort ausgezeichnet, von dem aus sich der Versuch unternehmen lässt, die beiden Theorien zu einem ‚Republikanismus des Dissenses‘ zu integrieren. Ausgangspunkt einer solchen Lesart ist dann die Pluralität der Gesellschaft, die freiheitlich integriert und bewahrt werden soll. Pluralität muss also im politischen Prozess reproduziert, doch zugleich auch in Beziehung gesetzt werden. Dies ist nichts, was einmalig zu erreichen wäre und dann durch Rechte oder institutionelle Mechanismen abgesichert werden könnte (wie es in der liberalen Theorie versucht wird), sondern es ist etwas, dass durch eine Mischung aus institutionellen Elementen und bürgerschaftlichem Engagement immer neu angegangen werden muss. Die Gefahren, die der Ordnung der Freiheit drohen, sind dabei vielgestaltig: Sie resultieren aus der Konzentration öffentlicher Gewalt ebenso wie aus dem privaten, interessengeleiteten Handeln von Individuen und Gruppen. Eine republikanische Ordnung muss dabei Optionalität und Pluralität maximieren, doch darf darüber nicht fragmentieren. Zu schaffen ist ein Referenzrahmen des Miteinander-Handelns, der die Entfaltung von Freiheit erlaubt, indem er sicherstellt, dass sich das politische System nicht gegenüber der Meinung der Bürger verkapselt, diese ihre Meinung aber im ständigen Dialog ausbilden. Politische Institutionen müssen daher nicht nur ermächtigen, sondern auch bewusst machen und motivieren. Die Auffächerung bürgerlicher

29 Wäre die Verwirklichung der (kollektiven) Handlungsabsichten konstitutiv für den Freiheitsbegriff wie es bei kommunitaristischen Theorien der Fall ist, so würde das der Freiheit zugrundeliegende Prinzip der Intersubjektivität unterwandert. Die Bestimmung, welchen Einfluss eine Stimme haben soll, muss somit selbst wieder Gegenstand politischer Diskussion sein. Hier lässt sich keine theoretische Vorentscheidung treffen, doch legt der moderne Republikanismus nahe, dass die Etablierung einer großen Zahl unterschiedlicher und konkurrierender institutioneller Wege, Meinung zu formulieren, es wahrscheinlicher macht, dass diese eine Bedeutung im politischen Prozess erhält und einbezogen wird.

Einspruchsmöglichkeiten und Formierungsräume erlaubt dann zwar nie einen absoluten, wohl aber den bestmöglichen Schutz der Freiheit.³⁰

Ein so formulierter pluralistisch orientierter Republikanismus enthält somit sowohl Elemente des Schutzes von Beteiligungsformen (wie Rechtsstaatlichkeit, Verfassung oder Gewaltenteilung) wie Elemente der Dispersion von Beteiligung (lokale und föderale Arrangements). Vor allem aber kommt es in ihm auf die sichtbare Umkämpftheit politischer Entscheidungen an.³¹ Die Politisierung eines Gemeinwesens, dessen Ausweis als offen und kontingent, ist notwendig, da dadurch zum Widerspruch Anlass gegeben und dieser selbst wieder akzeptiert werden kann. Deshalb bedarf es der Repräsentation der agonalen Dimension des Politischen, der Darstellung von Differenz. Dieses Moment treibt den politischen Prozess an und lässt immer wieder die Berücksichtigung von Neuem einfordern. Im Vorfeld, im Moment der Entscheidung und in deren Nachklang muss das politische System mit Gegenmeinungen konfrontiert und beständig zur Rechtfertigung gezwungen werden. Selbst wenn diese nicht berücksichtigt werden, müssen sie als Optionen im System sichtbar bleiben, anstatt als inferior oder gar gefährlich diskreditiert zu werden.

Widerspruch zu artikulieren, ist daher in der republikanischen Perspektive nicht nur der Moment des Sich-zum-Ausdruck-Bringens wichtig und auch nicht nur die Frage der Durchsetzung oder Inklusion in die getroffenen Entscheidungen, sondern auch und gerade das Hören des Anderen.³² Und in diesem Prozess werden nicht nur Unterschiede deutlich und ggf. verständlich, sondern es kommt auch mit Blick auf den Prozess zu etwas Gemeinsamen: „What shapes and holds individuals and groups together as ‚citizens‘ and ‚peoples‘ is not this or that agreement but the free agonistic activities of participation themselves.“³³ Eine politische Identität wird somit zu einer Folge des im öffentlichen Raum stattfindenden po-

30 Hannah Arendt vertritt diese Auffassung sehr viel radikaler als Philip Pettit, der zwar schreibt, dass der politische Prozess immer scheitern kann (*Pettit* 1999, S. 201), zugleich jedoch versucht qualitative Standards und Maßstäbe für die Bewertung politischer Institutionen (z.B. Gerechtigkeit und Effizienz) zu formulieren. Dadurch soll eine unparteiische Evaluation jenseits des öffentlichen Aushandlungsprozesses möglich und damit das dem politischen Handeln stets inhärente Risiko von Maßlosigkeit und Irrationalität begrenzt werden. Arendt ist sich dieser ewigen Instabilität der Freiheit zwar ebenso bewusst, doch wird sie von ihr nicht so statisch zu kompensieren gesucht, sondern ihr vielmehr mit dem Bemühen, Entmutigung zu verhindern und dem Verweis auf die ständige Möglichkeit des Neu-Anfangens begegnet.

31 Ausführlich zu den Elementen: *Thiel* 2012, Kap. 4.

32 *Bellamy* 2001, S. 56.

33 *Tully* 1999, S. 171.

litischen Handelns. Nicht im Sinne der Formung eines souveränen Kollektivsubjekts und auch nicht im Sinne eines Verfassungspatriotismus, der sich auf die fundamentalen Regeln des öffentlichen Diskurses bezieht, sondern in der Logik einer stets in der Formung begriffenen, erfahrungsgesättigten Auseinandersetzung mit dem immer anwesenden Anderen. Die Politisierung des öffentlichen Raums ermuntert dabei wieder und wieder die Formulierung und Korrektur einer eigenen Position – das assoziative und das agonale Moment hängen im Republikanismus des Dissenses somit unmittelbar miteinander zusammen.³⁴

Der Republikanismus des Dissenses steht damit den derzeit im Diskurs so gewichtigen Positionen von agonaler und deliberativer Demokratietheorie nahe, ohne aber mit diesen zu verschmelzen. Er teilt mit beiden die Grundannahme, dass die normative Würdigung einer Ordnung mit der Fähigkeit in Zusammenhang steht, Pluralität zum Ausdruck zu bringen. Anders als die agonale Demokratietheorie sieht er Institutionen jedoch nicht als Übel und die Differenzierung der Gesellschaft nicht dichotom als eine in Herrschende und Beherrschte, sondern als komplex,³⁵ anders als die deliberative Demokratietheorie fokussiert er nicht auf substantielle Verständigungsmöglichkeiten und Anspruchsrechte, sondern entwickelt ein Instrumentarium, mit dem die emotionale und symbolische Dimension politischen Handelns verstanden werden kann.

Mit diesem normativen wie analytischen Fokus, der dann konkret und entlang der Ansätze Arendts und Pettits weiter ausgearbeitet werden kann, lässt sich zugleich Einwänden begegnen, mit denen deren Theorien immer wieder konfrontiert sind.

Mit Blick auf Pettit lautet eine der wichtigsten und häufig zu hörenden Kritiken, dass das von ihm entwickelte Verständnis von Kontestation letztlich unpolitisch sei, da er ein überstarkes Gewicht auf rechtliche Kontestationsmechanismen lege und seine Befürwortung möglichst unparteilicher Deliberationsmodi an der Logik von Gerichtsverfahren orientiert sei. Diese Stärkung unpolitischer Elemente sei – so die Kritiker – ursächlich für die heutige Ernüchterung gegenüber dem politischen Prozess und unterbinde die zivilgesellschaftliche Meinungsbildung über strittige Fragen. Pettit bilde hauptsächlich die dröge Realität existierender legaler Streitmechanismen ab, dabei entgingen ihm die vielfältigen Formen politischen Handelns jenseits der repräsentativen Konventionen, z.B. Protest und ziviler Un-

34 Dies stellt zugleich die Schnittstelle des Werks Hannah Arendts mit dem Ansatz von Claude Lefort (*Lefort* 1990) dar, in dessen Wendung vom „leeren Ort der Macht“ die sich ihrer Pluralität und Kontingenz bewusste Gesellschaftsordnung kongenial erfasst ist.

35 Jörke 2006; Niederberger 2006; Volk 2013.

gehorsam. Insgesamt verpasse er somit die Pointe politischen Handelns und schaffe es gerade nicht, zu erklären, wie und wann es zu solchem komme und wie weit dessen Freiheiten in der Wahl von Adressaten und Mitteln sein müssten.³⁶

Das integrierte Modell eines ‚Republikanismus des Dissenses‘ vermeidet diese Einseitigkeit in zweierlei Hinsicht: Erstens, da in ihm Kontestation nicht nur als eine rechtsstaatlich gesicherte Option begriffen wird, sondern als etwas, das eng mit der Wahrnehmung der Möglichkeiten des politischen Handelns zusammenhängt. Hierfür wird ein Fokus auf die Verbindung der Bürger untereinander gelegt und die Dynamik kollektiver Verständigungsprozesse hervorgehoben. In institutioneller Hinsicht kann Pettit so von Arendt lernen, dass es nicht allein auf Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung ankommt, sondern ein viel breiteres Spektrum an Möglichkeiten und Formen der Auseinandersetzung in den Blick genommen werden muss. Die Betrachtung gesellschaftlicher Praktiken und Selbstverständnisse ist für die republikanische Analyse zentral, sie kann nicht nur als nachgeordnetes Ergebnis der Errichtung offener politischer Institutionen gedeutet werden. Zweitens bewirkt die in der Kombination der Ansätze veränderte Problemdiagnose, dass der im neorömischen Republikanismus einseitige Fokus auf die Gefahr öffentlicher Dominanz zurückgeschraubt wird. Informiert durch die Erfahrungen und Positionen Arendts wird klar, dass auch politische Apathie das republikanische Gemeinwesen auszuhöhlen droht:

From an Arendtian perspective, however, the most fundamental threat to democratic political activity lies in the loss of responsiveness to events: the erosion of the contexts in which action makes sense. To experience an event – if ‚experience‘ is the right word – as irrelevant; to have it be imperceptibly distant (whether at a distance of one mile or a thousand); for it to signify only as an observation or datum, made from a posture of scientific disengagement; for it to be imperceptibly close, so much the medium of your being that it never occurs to you that it might be something to which you could respond; to feel it as a force that rips you out of, the contexts in which you might be able to imagine how to respond; to experience an event generically, as something significant for you only insofar as you belong to a category or type, which does not engage you as the locus of a separate, as yet unfinished life: these are signs of the contraction of the dimension of activity that concerns Arendt; and they become particularly significant for democracy when they systematically characterize the experience either of citizens generally or of a subset of citizens disproportionately.³⁷

36 *Celikates* 2010; *Markell* 2008; *Urbinati* 2010.

37 *Markell* 2006, S. 12.

Politisierung und nicht Depolitisierung ist somit das Geheimnis der Kontestation und der Ansatzpunkt für jede Form der republikanischen Analyse.

Doch auch die Theorie Arendts gewinnt, wenn sie mit der sehr viel systematischeren Arbeit Pettits in Bezug gesetzt wird. Auch eine Arendt nicht verkürzende Lesart muss sich schließlich mit dem berechtigten Vorwurf auseinandersetzen, dass ihr essayistisches Schreiben bestenfalls vage und häufig sich selbst widersprechende institutionelle Ideen hervorgebracht hat, die eher am Kontext als an einer Ausarbeitung einer republikanischen Institutionenlehre interessiert sind. Die wenigen konkreten Ideen und Vorschläge – wie das Rätssystem und ihr Hervorheben der kommunalen Ebene der *townhalls*³⁸ oder der Verweis auf Anhörungsrechte für zivilgesellschaftliche Gruppen³⁹ – sind unsystematisch und meist eher gut gemeint als ernsthaft ausbuchstabiert. Viele Interpreten ziehen sich daher sogleich auf die abstrakte Ebene zurück und entkleiden Arendts Position ihrer institutionellen Phantasie. Die Unbestimmtheit sowie Arendts ausgeprägte einseitige Konzentration auf den Gründungsmoment einer politischen Ordnung sind es, die es schwierig machen, im modernen Diskurs für Arendts Sichtweise zu argumentieren. Am besten liest man sie, wie Jan Klabbers schreibt, „not so much as a fount of wisdom, but rather as a source of inspiration“.⁴⁰ Der Ausbau der arendtschen Position zu einem systematischeren Republikanismus des Dissenses, nimmt daher ihre Anregung und Perspektive auf, leitet aber sogleich zu institutionellen Fragen über und bezieht dabei auch das breite Spektrum der republikanischen Theorie stärker ein.

3 Die Aktualität des Republikanismus: Ein neuer Blick auf die Debatte um Europäische Integration

Abschließend soll nun noch gezeigt werden, dass die kombinierte Position nicht nur eine Ergänzung beider Denker darstellt, sondern dass diese sich auch für den Einsatz zur Analyse und Beurteilung gegenwärtiger Herausforderungen eignet. Illustriert werden kann dies am Beispiel der Demokratiedebatte um die Europäische Union.⁴¹ Hier verheißt die republikanische Position einen echten Mehrwert,

38 Arendt 2000.

39 Arendt 1986.

40 Klabbers 2012, S. 229.

41 Ausführlicher: Thiel 2011, 2012; auch jenseits dieser Debatte hat der Republikanismus Hannah Arendts jüngst mehr Aufmerksamkeit mit Blick auf Fragen der internationalen Politik erfahren (Lang/Williams 2005, sowie der bereits zitierte: Klabb-

da sie eine Perspektive formuliert, die nicht nur an Erkenntnisse der empirischen Europaforschung anschlussfähig ist, sondern auch normativ einen anderen Blick zu werfen erlaubt als die omnipräsenten, in ihrem Verständnis der Relation von europäischer Ebene und Bürgern aber eher statischen Legitimitätstheorien.⁴²

Wie also sieht dieser Diskurs bisher aus? Lange Jahre galt überstaatliche Politik durch das staatliche Delegationsmodell als legitimatorisch gedeckt und aus pragmatischen Gründen nicht anders zu organisieren, doch spätestens seit den Diskussionen um die Ratifizierung des Maastricht-Vertrags wird in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit auch die Normativität der überstaatlichen politischen Ordnung erkannt und debattiert. Die Frage der Legitimität europäischen Regierens ist dabei neben die Fragen getreten, wann es zu Integrationsschritten kommt und mit was für einem Gebilde wir es im Fall der Europäischen Union (Staatenbund, Föderation, *sui generis*, etc.) zu tun haben.⁴³ Dieser Legitimationsdiskurs wurde vom Beginn der neunziger Jahre bis zum Scheitern der Ratifizierung des Verfassungsvertrages mit viel Vehemenz geführt. Seitdem aber lässt sich eine zunehmende Resignation feststellen. Die Erfahrung der Probleme der Konstitutionalisierung und Legitimierung überstaatlicher Politik hat die Position wieder stark gemacht, dass letztlich nur der Nationalstaat die Demokratie garantieren kann. In der Folge ist Europa nochmal sehr viel elitenzentrierter geworden und die Inszenierung von Gipfeln, auf denen über alternativlose Politiken entschieden wird, erneut zum dominanten Muster geworden. Dieser politischen Konjunktur folgend, ist es auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu einem Abflauen der Debatte gekommen. Anstatt im Moment der Krise eine weitreichende Diskussion über die normativen Fundamente europäischer Integration zu führen, entschwindet die Auseinandersetzung in die engen Zirkel der hochspezialisierten Europaforschung.

Vier große Lesarten lassen sich in der Europadebatte unterscheiden, die zwar immer weiter verfeinert, doch nur noch selten transzendiert werden: eine Position, die die Legitimität der gegenwärtigen Ordnung anzweifelt, da sie auf Grundlage eines liberal-repräsentativen Verständnisses von Demokratie die Möglichkeit der Kontrolle und Begrenzung der Institutionen der Europäischen Union für

bers 2012). Dabei steht insbesondere die arendtsche Diskussion der Menschen- und Flüchtlingsrechte im Mittelpunkt, da hier die wohl direkteste Übertragung möglich ist (*Schulze Wessel* 2012). Zudem hat Oliver Marchart den spannenden Versuch unternommen, die Schriften Hannah Arendts zur Deutung des Phänomens der Alterglobalisierungsbewegung heranzuziehen (*Marchart* 2005).

42 *Føllesdal* 2006.

43 *Bellamy/Castiglione* 2003.

nicht hinreichend entwickelt hält (Demokratiedefizit-These);⁴⁴ eine Position, die die Möglichkeit von Demokratie auf der Ebene der EU zum gegenwärtigen Zeitpunkt verneint, da es an einer gemeinsamen Identität und einer verbindenden Öffentlichkeit mangle (No-Demos-These);⁴⁵ eine Position, die vorschlägt, die Mechanismen von Legitimation neu zu interpretieren und hierfür insbesondere auf den Einbezug zivilgesellschaftlicher Akteure und kooperative Steuerungsmechanismen abstellt (Governance-These);⁴⁶ und schließlich eine Position, die die regulatorische Natur europäischer Politikgestaltung hervorhebt und diese so lange als nicht weiter legitimierungsbedürftig ansieht, wie die Superiorität der Nationalstaaten gegeben ist (kein-Defizit-These).⁴⁷ Tritt man von diesen Positionen einen Schritt zurück, so fällt auf, dass in keinem der Stränge angemessen über die Wahrnehmung europäischer Politik durch die Bürger sowie die Möglichkeiten und Formen politischen Handelns jenseits der etablierten institutionellen Kanäle nachgedacht wird. Handlungsmöglichkeiten sowie das konkrete Handeln der Bürger scheinen für die normative Bewertung und Beschreibung europäischen Regierens keine Rolle zu spielen – und dies obwohl sich in der letzten Dekade zunehmend eine auch konfrontationsbereite Kultur des Umgangs mit europäischen Institutionen entwickelt hat.⁴⁸ Platz genug ist also da für eine republikanische Analyse europäischen Regierens. Wie kann eine solche nun aussehen?

Entlang des oben herausgearbeiteten Profils des „Republikanismus des Dissenses“ ist klar, dass die Frage nach der Politisierung und Politisierbarkeit der europäischen Ebene in den Fokus rücken muss.⁴⁹ Worin also bestehen die Chancen der Europäisierung, worin besteht das Risiko aus republikanischer Sicht?

Zunächst stellt sich die beinahe klassische Frage der möglichen Obergrenze der Größe eines Gemeinwesens. Lässt sich Europa überhaupt demokratisch integrieren? Ist es dafür nicht zu groß und heterogen? In der über Hannah Arendt

44 Exemplarisch: *Scharpf* 1999.

45 Exemplarisch: *Grimm* 1995; *Kielmansegg* 2003.

46 Exemplarisch: *Joerges/Neyer* 1997.

47 Exemplarisch: *Majone* 1998; *Moravcsik* 2002.

48 Allgemeiner zur Politisierung internationaler Organisationen und der Europäischen Union im Besonderen: *Imig/Tarrow* 2001; *Tully* 2007; *Zürn* 2006; *Zürn et al.* 2007.

49 Der hier vorgestellte Ansatz ist dabei nur einer von mehreren in den letzten Jahren unternommenen Anläufen, das republikanische Begriffsvokabular zu aktualisieren – ein Trend, der sich allerdings derzeit noch nicht in Beachtung dieser Ansätze im Mainstream der Europaforschung niederschlägt. Zu den wichtigsten mit Blick auf Europa republikanisch argumentierenden Autoren gehören: Richard Bellamy (*Bellamy* 2003, 2006; *Bellamy/Castiglione* 2000); Emanuel Richter (*Richter* 1999); Hauke Brunkhorst (*Brunkhorst* 2002, 2007, 2009) und James Tully (*Tully* 2007).

und Philip Pettit rekonstruierten Linie stellt Größe und Heterogenität nicht für sich ein Problem dar. Die Republik muss keine Ordnung sein, in der alle sich versammeln können und gesellschaftliche Integration Vorbedingung gemeinschaftlichen Handelns ist. Eher im Gegenteil lässt sich in der Vielfalt und Differenzierung, der Mehrebenennatur europäischen Regierens, die Chance erblicken, dass der Einbezug der europäischen Ebene als zusätzliche Kontrollinstanz auf die konzentrierte Macht in den Nationalstaaten einwirkt und sich deren Tendenz zur Homogenisierung entgegenstellt. Der faktischen Interdependenz in Europa wird durch die grenzüberschreitende Politik und den ständigen Dialog ein angemessenes Forum für Mitsprache und Berücksichtigung gegeben. So erhalten auf dem europäischen Weg Individuen und Minderheiten die Möglichkeit, gegen die Dominanz nationalstaatlicher Ordnungsvorstellungen vorzugehen.⁵⁰ Mit Blick auf die rechtsstaatliche Dimension und die Bedeutung der Gewaltenteilung für die republikanische Theorie stellt Europa und seine verschachtelte Institutionenlandschaft also zunächst ein Potenzial dar.

In der realen Ausgestaltung europäischen Regierens zeigen sich jedoch auch in dieser institutionellen Dimension Probleme und Risiken: So kommt es zu einer Entfernung der Entscheidungsebenen und der Abkoppelung der repräsentierenden Eliten. Die Exekutivlastigkeit europäischer Politik wird im existierenden Arrangement nur unzureichend gekontert. Der Versuch, die EU zu parlamentarisieren, ist weitgehend gescheitert; aus Sicht der Bürger führt die Vielzahl von Kontrollen und Punkten der institutionellen Aushandlung eher zur Bildung von Kartellen als zur reflexiven Gestaltung europäischer Politik. Die republikanische Perspektive unterstreicht diesbezüglich also die Ergebnisse der Literatur zum demokratischen Defizit, wonach die sich selbst abschottenden Praktiken der Bürokratie und die daraus folgenden Auswirkungen auf den allgemeinen Politikstil, die Vorzüge der Mehrebenenarchitektur sehr weitgehend zurücknehmen und weiterhin nach Wegen gesucht werden muss, die Exekutivlastigkeit aufzubrechen.⁵¹ Aus republikanischer Sicht handelt es sich um eine halbierte Ordnung. In dieser wird Integration asymmetrisch „diskursiv, deliberativ und kooperativ zwar, aber hegemonial von oben gewährt“.⁵²

Doch die Pointe der Position des Republikanismus des Dissenses bestand ja nicht nur in der institutionellen Organisation, sondern in der Ausweitung der

50 Vgl. Pettit 2006 für eine theoretische Ausformulierung dieser Idee; Keohane et al. 2009 zeigen wie sich im Anschluss daran konkrete Argumente für die demokratieerweiternde Wirkung der zunehmenden Internationalisierung ableiten lassen.

51 Puntcher Riekmann 1998; Bach 2005.

52 Brunkhorst 2002, S. 538.

Perspektive auf die Dynamiken des Politikprozesses und seiner Wahrnehmung. Hier war die Doppelstrategie der Ausweitung lokaler Entscheidungsmöglichkeiten und der Sichtbarmachung der Umkämpftheit politischer Entscheidungen als zentral vorgestellt worden. Mit Blick auf die Ausweitung lokaler Partizipationsmöglichkeiten ist die Europäische Union dabei ungeachtet der Subsidiaritätsinitiative weitestgehend irrelevant, doch wie steht es um die Sichtbarkeit politischer Umkämpftheit? Auch hier ergibt sich ein gemischtes Bild, in dem Potentiale deutlich werden, die derzeit aber nur unzureichend realisiert sind. So folgt zwar aus der Vielzahl von Akteuren und des Zwangs zur Kooperation zwischen diesen, dass es sich um einen auseinandersetzungreichen Politikprozess handelt, in dem Ergebnisse immer erst feststehen, wenn (fast) alle zugestimmt haben, doch ist die Art, wie sich dies vollzieht, sehr anders als das republikanische Ideal. Die gängige Inszenierung von Konflikt ist die dramatische, von großen Entscheidern geprägte Einigung in abgeschotteten Nachtgipfeln, die wohl viel wirkmächtigere Realität das komplexe Aushandeln von sehr detaillierten Regelungen in Governancenetzwerken, die die verschiedenen Ebenen der Politik mit gut organisierten privaten Interessen in Verbindung setzen. In beiden Modi wird an den geschlossenen Kompromissen Kritik zu vermeiden versucht, indem Optionalität negiert wird. Nicht politische Verständigung, sondern das Aushandeln in diskreten Runden ist somit das Bild, welches von europäischer Politik entsteht.

Und mit dieser Diagnose weist die republikanische Perspektive auf einen Ansatzpunkt hin, der von den großen Ansätzen im Demokratiediskurs vernachlässigt oder gar konterkariert wird: Politisierung (und darüber Legitimierung) durch Opposition.⁵³ In der Europäischen Union fehlt es nämlich in auffallendem Maße an der Möglichkeit zur Formulierung politischer Opposition.⁵⁴ Im europäischen Politiksystem ist kein Platz für die Artikulation von Alternativen und deren Aufrechterhalten gegeben. Das wird auch durch die vorhandenen Mechanismen der institutionellen Selbstkontrolle und die durch europäisches Recht nochmal zusätzlich geschützten Möglichkeiten der Meinungs- und Assoziationsfreiheit nicht ersetzt. Opposition als legitime Option markiert den Möglichkeitsraum

53 Politisierung taucht als Begriff in der neueren Europadiskussion zwar auf, doch deuten die beiden gängigen Verwendungsweisen, die unter Politisierung simpel die Erschließung neuer Politikfelder als Materie des europäischen Politikprozesses (*Schmidt* 2005) oder die Etablierung eines Links-Rechts-Schemas fassen (*Hix/Bartolini* 2006), in eine andere Richtung als das republikanische Verständnis. Zum einen ist im republikanischen Denken Politisierung positiv besetzt und gilt nicht als Blockade oder Aneignung, zum anderen wird sie durch eine Vielzahl von Formen bezeugt und ist nicht ein bestimmter Prozess.

54 *Mair* 2007; *Neunreither* 1998.

einer politischen Ordnung. Dies ist die Aufgabe der loyalen Opposition in der parlamentarischen Demokratie;⁵⁵ die gut gemeinten Versuche der Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Eliten in Entscheidungsfindungsprozessen kann dies nicht ersetzen. Weder wird durch diese instrumentelle Einbeziehung das Gefühl von Partizipation erhöht, noch kann Einbeziehung das öffentliche Argumentieren ersetzen.⁵⁶

Reformalternativen aus republikanischer Sicht müssen dabei Denkbarrieren überwinden, da es nicht einfach um eine Neueinrichtung parlamentarischer Opposition gehen kann. Die Parlamentarisierung der Europäischen Union ist mit vielen Problemen und Risiken behaftet, z.B. dem der fortgesetzten Zentralisierung und dem Machtgewinn für ein nur schwach legitimiertes Gremium. Doch lässt sich mit Hilfe des republikanischen Vokabulars und indem der Konflikt als politische Ressource hervorgehoben wird auch an andere Lösungen denken: Aus dieser Perspektive kann z. B. der von Hubertus Buchstein entwickelte Vorschlag, ein Losverfahren in den europäischen Entscheidungsprozess einzubringen⁵⁷ oder das von Philippe Schmitter⁵⁸ erdachte *voucher*-System gutgeheißen werden. Mit diesem System soll den europäischen Bürgern die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre Prioritäten direkt durch die finanzielle Unterstützung sozialer Bewegungen auszudrücken. Beide Varianten würden eine Politisierung im republikanischen Sinne erlauben und die Offenheit und direkte Einbeziehung, die ein gutes politisches System kennzeichnet, zu realisieren helfen. Hannah Arendt hätte für solche das gängige Schema durchbrechende Inspirationen sicherlich Sympathie gezeigt. Ihr zentrales Anliegen, den Raum des Politischen offenzuhalten und in der Auseinandersetzung mit der Welt und den Anderen immer wieder Neuanfänge zu wagen, ist auch in Zeiten der Globalisierung nicht weniger wichtig geworden.

Hannah Arendt Republikanismus ist also heute noch geeignet, den akademischen Diskurs über die Institutionen der Demokratie zu bereichern. Arendt hat nichts an Bedeutung verloren und ihr Insistieren auf der Pluralität menschlichen Daseins und der daraus gefolgerten fortgesetzten Notwendigkeit politischen Handelns bleibt anschlussfähig, wenn auch ihre institutionellen Vorschläge von der Realität moderner Gesellschaften lange überholt sind. Arendts Schreiben hilft zu verstehen, dass Demokratie weder etwas ist, was allein „von oben“ eingerichtet

55 Waldron 2011.

56 Greven 2007.

57 Buchstein 2009; Buchstein/Hein 2009; für den Zusammenhang zum Republikanismus siehe: McCormick 2006.

58 Schmitter 2000.

werden kann noch etwas ist, was immer nur „von unten“ kommt. Deswegen lag Pettit falsch als er sie als Direktdemokratin abzukanzeln versuchte, der der Sinn für politische Institutionen fehle. In ihrem lebenslangen Nachdenken über die Frage der *constitutio libertatis* hat Arendt vielmehr immer wieder daran erinnert, dass politisches Handeln des institutionellen Raums bedarf, in dem es sich ereignet. In diesem muss es Anschluss finden können. Die Handelnden müssen den Mut und das Interesse aufbringen, ihre Meinungen und Positionen zu formulieren und zu artikulieren. Ein moderner Republikanismus muss diese Erkenntnis bewahren und in seinen Analysen und Beurteilungen moderner politischer System zu kultivieren suchen. Politik, Freiheit und Demokratie gehören inhärent zusammen. In dem Bemühen um realistische (nicht-ideale) Theoriebildung, in denen die Anforderungen an das Individuum so gering wie möglich zu halten sind, darf man nicht so weit gehen, Bürger und Politik zu entkoppeln zu versuchen (wie es im neorepublikanischen Ansatz phasenweise zu geschehen scheint). Vielmehr müssen die Bedingungen und Prozesse ausgeleuchtet werden, die das politische Handeln der Bürger motivieren und deren Verantwortungssinn wecken, so dass Selbstbestimmung und Teilhabe sich realisieren lassen. Das Abenteuer des Politischen bedarf einer Ordnung der Freiheit; diese zu formulieren ist das Ziel republikanischer Theorie.

Literatur

- Arendt, Hannah, 1986: Ziviler Ungehorsam. In: Arendt, Hannah: Zur Zeit. Politische Essays, Berlin, S. 119-160.
- Arendt, Hannah, 1994: Freiheit und Politik. In: Arendt, Hannah: Zwischen Vergangenheit und Zukunft, München, S. 201-227.
- Arendt, Hannah, 1998: Macht und Gewalt. München.
- Arendt, Hannah, 2000: Über die Revolution. München.
- Arendt, Hannah, 2003: Was ist Politik?. München.
- Bach, Maurizio, 2005: Europa als bürokratische Herrschaft. Verwaltungsstrukturen und bürokratische Politik in der Europäischen Union. In: Schuppert, Gunnar Folke et al. (Hg.): Europawissenschaft, Baden-Baden, S. 575-611.
- Barber, Benjamin, 2003: Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age. Berkley.
- Bellamy, Richard, 2001: The „Right to Have Rights“: Citizenship Practice and the Political Constitution of the EU. In: Bellamy, Richard/Warleigh, Alex (Hg.): Citizenship and Governance in the European Union, London, S. 41-72.
- Bellamy, Richard, 2003: Sovereignty, Post-Sovereignty and Pre-Sovereignty: Three Models of the State, Democracy and Rights within the EU. In: Walker, Neil (Hg.): Sovereignty in Transition, Oxford, S. 167-190.
- Bellamy, Richard, 2006: Still in Deficit: Rights, Regulation, and Democracy in the EU. In: European Law Journal, H. 12, S. 725-742.
- Bellamy, Richard/Castiglione, Dario, 2000: The Uses of Democracy: Reflections on the European Democracy Deficit. In: Eriksen, Erik Oddvar/Fossum, John Erik (Hg.): Democracy in the European Union: Integration Through Deliberation?, London, S. 65-84.

- Bellamy, Richard/Castiglione, Dario*, 2003: Legitimising the Euro-polity and its Regime: The Normative Turn in EU Studies. In: *European Journal of Political Theory*, H. 2, S. 7-34.
- Benhabib, Seyla*, 1997: The Embattled Public Sphere: Hannah Arendt, Jürgen Habermas, and Beyond. In: *Theoria*, H. 44, S. 1-24.
- Besson, Samantha/Marti, José Luis*, 2009: *Legal Republicanism: National and International Perspectives*. Oxford.
- Brunkhorst, Hauke*, 2002: Verfassung ohne Staat? Das Schicksal der Demokratie in der europäischen Rechtsgenossenschaft. In: *Leviathan*, H. 30, S. 530-543.
- Brunkhorst, Hauke*, 2007: Unbezähmbare Öffentlichkeit. In: *Leviathan*, H. 35, S. 12-29.
- Brunkhorst, Hauke*, 2008: Republikanismus. In: Gosepath, Stefan et al. (Hg.): *Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie*, Berlin, S. 1117-1121.
- Brunkhorst, Hauke*, 2009: There Will be Blood. Konstitutionalisierung ohne Demokratie?. In: *Brunkhorst, Hauke* (Hg.): *Demokratie in der Weltgesellschaft*, Baden-Baden, S. 99-123.
- Buchstein, Hubertus*, 2009: Demokratie und Lotterie. Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU. Frankfurt am Main.
- Buchstein, Hubertus/Hein, Michael*, 2009: Zufall mit Absicht. Das Losverfahren als Instrument einer reformierten Europäischen Union. In: *Brunkhorst, Hauke* (Hg.): *Demokratie in der Weltgesellschaft*, Baden-Baden, S. 351-384.
- Canovan, Margaret*, 1983: Arendt, Rousseau, and Human Plurality in Politics. In: *The Journal of Politics*, H. 45, S. 286-302.
- Canovan, Margaret*, 1992: *Hannah Arendt. A Reinterpretation of Her Political Thought*. Cambridge.
- Celikates, Robin*, 2010: Republikanismus zwischen Politik und Recht. Ein Literaturbericht. In: *Zeitschrift für philosophische Forschung*, H. 64, S. 118-135.
- Dagger, Richard*, 2004: Communitarianism and Republicanism. In: Gaus, Gerald F./Kukathas, Chandran (Hg.): *Handbook of Political Theory*, London, S. 167-179.
- Føllesdal, Andreas*, 2006: The Legitimacy Deficits of the European Union. In: *The Journal of Political Philosophy*, H. 14, S. 441-468.
- Forst, Rainer*, 1993: Kommunitarismus und Liberalismus - Stationen einer Debatte. In: Honneth, Axel (Hg.): *Kommunitarismus*, Frankfurt am Main, S. 181-212.
- Forst, Rainer*, 2007: Republikanismus der Furcht und der Rettung. In: *Heinrich-Böll-Stiftung* (Hg.): *Hannah Arendt: Verborgene Tradition – Unzeitgemäße Aktualität?*, Berlin, S. 229-239.
- Förster, Jürgen*, 2009: *Die Sorge um die Welt und die Freiheit des Handelns*. Würzburg.
- Förster, Jürgen/Weißpflug, Maike*, 2011: The Human Condition/Vita Activa oder Vom tätigen Leben. In: Heuer, Wolfgang et al. (Hg.): *Arendt-Handbuch*, Stuttgart, S. 61-70.
- Fung, Archon*, 2003: Recipes for Public Spheres: Eight Institutional Design Choices and their Consequences. In: *Journal of Political Philosophy*, H. 11, S. 338-367.
- Fung, Archon*, 2006: Varieties of Participation in Complex Governance. In: *Public Administration Review*, H. 66, S. 66-75.
- Greven, Michael Th.*, 2007: Some Considerations on Participation in ‚Participatory Governance‘ In: Kohler-Koch, Beate/Rittberger, Berthold (Hg.): *Debating the Democratic Legitimacy of the European Union*, Lanham, S. 233-248.
- Grimm, Dieter*, 1995: *Braucht Europa eine Verfassung?*. München.
- Habermas, Jürgen*, 1999: Drei normative Modelle der Demokratie. In: *Habermas, Jürgen: Die Einbeziehung des Anderen*, Frankfurt am Main, S. 277-292.

- Hammer, Dean*, 2002: Hannah Arendt and Roman Political Thought: The Practice of Theory. In: *Political Theory*, H. 30, S. 124-149.
- Hirschman, Albert O.*, 1988: *Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl.* Frankfurt am Main.
- Hix, Simon/Bartolini, Stefano*, 2006: Politics: The Right or Wrong Sort of Medicine for the EU. Notre Europe Policy Paper Nr. 19.
- Imig, Doug/Tarrow, Sidney*, 2001: *Contentious Europeans: Protest and Politics in an Emerging Polity.* Lanham.
- Jaeggi, Rahel*, 1997: *Welt und Person. Zum anthropologischen Hintergrund der Gesellschaftskritik Hannah Arendts.* Berlin.
- Joerges, Christian/Neyer, Jürgen*, 1997: From Intergovernmental Bargaining to Deliberative Political Process: The Constitutionalisation of Comitology. In: *European Law Journal*, H. 3, S. 273-299.
- Jörke, Dirk*, 2006: Wie demokratisch sind radikale Demokratietheorien?. In: Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hg.): *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie.* Bielefeld, S. 253-267.
- Keohane, Robert O./Macedo, Stephen/Moravcsik, Andrew*, 2009: Democracy-Enhancing Multilateralism. In: *International Organization*, H. 63, S. 1-31.
- Kielmansegg, Peter Graf*, 2003: Integration und Demokratie. In: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Europäische Integration*, Opladen, S. 49-85.
- Klabbers, Jan*, 2012: Hannah Arendt and the Languages of Global Governance. In: Goldoni, Marco/McCorkindale, Christopher (Hg.): *Hannah Arendt and the Law*, Oxford, S. 229-248.
- Laborde, Cécile/Maynor, John*, 2007: *Republicanism and Political Theory.* Oxford: Blackwell.
- Lang, Anthony F./Williams, John*, 2005: *Hannah Arendt and International Relations.* Basingstoke.
- Lefort, Claude*, 1990: Die Frage der Demokratie. In: Rödel, Ulrich (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt am Main, S. 281-298.
- Lindner, Clausjohann*, 1990: *Kritik der Theorie der partizipatorischen Demokratie.* Opladen.
- Llanque, Marcus*, 2003: Der Republikanismus. Geschichte und Bedeutung einer politischen Theorie. In: *Berliner Debatte Initial*, H. 14, S. 3-15.
- MacIntyre, Alasdair*, 1995: *Der Verlust der Tugend. Zur moralischen Krise der Gegenwart.* Frankfurt am Main.
- Mair, Peter*, 2007: Political Opposition and the European Union. In: *Government and Opposition*, H. 42, S. 1-17.
- Majone, Giandomenico*, 1998: Europe's 'Democratic Deficit'. The Question of Standards. In: *European Law Journal*, H. 4, S. 5-28.
- Marchart, Oliver*, 2005: *Neu beginnen. Hannah Arendt, die Revolution und die Globalisierung.* Wien.
- Markell, Patchen*, 2006: The Rule of the People: Arendt, Arche, and Democracy. In: *American Political Science Review*, H. 100, S. 1-14.
- Markell, Patchen*, 2008: The Insufficiency of Non-Domination. In: *Political Theory*, H. 36, S. 9-36.
- Maynor, John*, 2003: *Republicanism in the Modern World.* Cambridge.

- McCormick, John P.*, 2006: Contain the Wealthy and Patrol the Magistrates: Restoring Elite Accountability to Popular Government. In: *American Political Science Review*, H. 100, S. 147-163.
- Michelman, Frank*, 1998: Law's Republic. In: *Yale Law Journal*, H. 97, S. 1493-1537.
- Moravcsik, Andrew*, 2002: In Defence of the ‚Democratic Deficit‘: Reassessing Legitimacy in the European Union. In: *Journal of Common Market Studies*, H. 40, S. 603-624.
- Mouritsen, Per* 2006: Four Models of Republican Liberty and Self-Government. In: Honohan, Iseult/Jennings, Jeremy (Hg.): *Republicanism in Theory and Practice*, London, S. 17-38.
- Neunreither, Karlheinz*, 1998: Governance without Opposition: The Case of the European Union. In: *Government and Opposition*, H. 33, S. 419-441.
- Niederberger, Andreas*, 2006: Integration und Legitimation durch Konflikt? Demokratietheorie und ihre Grundlegung im Spannungsfeld von Dissens und Konsens. In: Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hg.): *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie*, Bielefeld, S. 267-280.
- Pettit, Philip*, 1997: Republican Political Theory. In: Vincent, Andrew (Hg.): *Political Theory: Tradition, Diversity and Ideology*, Cambridge, S. 112-132.
- Pettit, Philip*, 1998: Reworking Sandel's Republicanism. In: *Journal of Philosophy*, H. 95, S. 73-96.
- Pettit, Philip*, 1999: *Republicanism. A Theory of Freedom and Government*. Oxford.
- Pettit, Philip*, 2000: Democracy. Electoral and Contestatory. In: Shapiro, Ian/Macedo, Stephen (Hg.): *Designing Democratic Institutions*, New York, S. 105-146.
- Pettit, Philip*, 2006: Democracy, National and International. In: *The Monist*, H. 89, S. 301-324.
- Pettit, Philip*, 2008a: Republican Freedom: Three Axioms, Four Theorems. In: Laborde, Cécile/Maynor, John (Hg.): *Republicanism and Political Theory*, Oxford, S. 102-132.
- Pettit, Philip*, 2008b: Three Conceptions of Democratic Control. In: *Constellations*, H. 15, S. 46-55.
- Pocock, John G. A.*, 1975: *The Machiavellian Moment. Florentine Thought and the Atlantic Republican Tradition*. Princeton.
- Puntscher Riekmann, Sonja*, 1998: *Die kommissarische Neuordnung. Das Dispositiv der Integration*. Wien/New York.
- Richter, Emanuel*, 1999: *Das republikanische Europa. Aspekte einer nachholenden Zivilisierung*. Opladen.
- Sandel, Michael*, 1996: *Democracy's Discontent: America in Search of a Public Philosophy*. Cambridge.
- Scharpf, Fritz W.*, 1975: *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*. Kronberg/Ts.
- Scharpf, Fritz W.*, 1999: *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?*. Frankfurt am Main.
- Schmidt, Manfred G.*, 2005: *Aufgabeneuropäisierung*. In: Schuppert, Gunnar Folke et al. (Hg.): *Europawissenschaft*, Baden-Baden, S. 129-146.
- Schmitter, Philippe C.*, 2000: *How to Democratize the European Union ... and why Bother?*. Lanham.
- Schumpeter, Joseph A.*, 1987: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Tübingen.
- Schulze Wessel, Julia*, 2012: *Grenzfiguren. Über Staatenlosigkeit, undokumentierte Migration und die Permanenz der Grenze*. In: *Zeitschrift für Politische Theorie*, H. 2, S. 151-165.

- Skinner, Quentin*, 1990: The Republican Ideal of Political Liberty. In: Bock, Gisela et al. (Hg.): *Machiavelli and Republicanism*, Cambridge, S. 293-309.
- Skinner, Quentin*, 1998: *Liberty Before Liberalism*. Cambridge.
- Straßenberger, Grit*, 2011: Republikanismus In: Heuer, Wolfgang et al. (Hg.): *Arendt-Handbuch*, Stuttgart, S. 377-382.
- Sunstein, Cass R.*, 1988: Beyond the Republican Revival. In: *Yale Law Journal*, H. 97, S. 1539-1590.
- Taminaux, Jacques*, 2000: Athens and Rome. In: Villa, Dana R. (Hg.): *The Cambridge Companion to Hannah Arendt*, Cambridge, S. 165-177.
- Taylor, Charles*, 2001: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie?. In: Taylor, Charles: *Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie*, Frankfurt am Main, S. 11-29.
- Thiel, Thorsten*, 2011: Die Europäische Union – eine republikanische Ordnung?. In: Gröschner, Rolf/Lembcke, Oliver W. (Hg.): *Freistaatlichkeit. Theorie und Tradition des Republikanismus*, Tübingen. S. 245-268.
- Thiel, Thorsten*, 2012: Republikanismus und die Europäische Union – Eine Neubestimmung des Diskurses um die Legitimität europäischen Regierens. Baden-Baden.
- Tsao, Roy T.*, 2002: Arendt Against Athens. In: *Political Theory*, H. 30, S. 97-123.
- Tully, James*, 1999: The Agonistic Freedom of Citizens. In: *Economy and Society*, H: 28, S. 161-182.
- Tully, James*, 2007: A New Kind of Europe? Democratic Integration in the European Union. In: *Critical Review of International Social and Political Philosophy*, H: 10, S. 71-86.
- Urbinati, Nadia*, 2010: Unpolitical Democracy. In: *Political Theory*, H. 38, S. 65-92.
- Vetlesen, Arne Johan*, 1995: Hannah Arendt, Habermas, and the Republican Tradition. In: *Philosophy & Social Criticism*, H. 21, S. 1-16.
- Villa, Dana R.*, 2003: Arendt und Tocqueville. Öffentliche Freiheit, Pluralität und die Voraussetzung der Freiheit. In: Thaa, Winfried/Probst, Lothar (Hg.): *Die Entdeckung der Freiheit. Amerika im Denken Hannah Arendts*, Berlin, S. 201-236.
- Villa, Dana R.*, 2008: *Public Freedom*. Princeton.
- Volk, Christian*, 2010a: Die Ordnung der Freiheit. Recht und Politik im Denken Hannah Arendts. Baden-Baden.
- Volk, Christian*, 2010b: From *nomos* to *lex*. Hannah Arendt on Law, Politics, and Order. In: *Leiden Journal of International Law*, H. 58, S. 759-779.
- Volk, Christian*, 2013: Zwischen Entpolitisierung und Radikalisierung. Zur Theorie von Demokratie und Politik in Zeiten des Widerstands. In: *Politische Vierteljahresschrift*, H. 52, 1.
- Waldron, Jeremy*, 2011: The Principle of Loyal Opposition. In: NYU School of Law, Public Law Research Paper No. 12-22.
- Walzer, Michael*, 1970: A Day in the Life of a Socialist Citizen. In: Walzer, Michael: *Obligations. Essays on Disobedience, War, and Citizenship*, Cambridge, S. 229-240.
- Zürn, Michael*, 2006: Zur Politisierung der Europäischen Union. In: *Politische Vierteljahresschrift*, H. 47, S. 242-251.
- Zürn, Michael/Binder, Martin/Ecker-Ehrhardt, Matthias/Radtke, Katrin*, 2007: Politische Ordnungsbildung wieder Willen. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, H. 14, S. 129-164.